

Der Gewerksverein.

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine und des Deutschen Arbeiterbundes.

Erscheint jeden Sonntag. Vierteljährlicher Abonnementspreis: 1/4 Rgr. = 24 R. Einmalige Expedition: Kassenbuch 27. Alle Schan-Rollen, für Berlin alle Zeitungs-Expeditoren, nehmen Bestellungen an.

Bei Abonnement von mehreren Exemplaren unterrichtet Schriftsteller an den Verleger (Dr. Max Hirsch, Giebelsstraße 9) tritt der ermäßigte Preis von 6 Rgr. = 24 R. pro Expl. ein, welche franco eingeleitet sind.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände

Dr. Max Hirsch.

Nr. 18.

Berlin, den 1. Mai 1870.

Zweiter Jahrgang.

Ueber Koalitionsfreiheit und die Gewerksvereine.

Bruchstücke aus den Briefen über Koalitionsfreiheit von Herrmann Schwarzrod.

Was ist denn die treibende Kraft in der sogenannten „Koalitionsbewegung“? Es ist das Ringen nach Selbstständigkeit auf Seiten der Arbeitnehmer.

Dies Ringen nach Selbstständigkeit, nach höhern Löhnen, nach kürzerer Arbeitszeit findet seine natürlichen Schranken in den Dingen selbst. Sobald der Arbeitgeber, etwa in Folge zu hoher Lohnforderungen, nicht mehr genügenden und berechtigten Gewinn erwarten darf, sobald er zugleich in seinen Preisen nicht mehr eine ausreichende Versicherungs-Prämie gegen Unglücksfälle aller Art findet, — hört „das Geschäft auf.“ Aber wie kommt es denn, daß in der Wirklichkeit „das Geschäft doch nicht aufhört“? Eben, weil die Arbeiter, sei es durch Ueberlegung veranlaßt, sei es durch eiserne Notwendigkeit gezwungen, die Grenzen ihrer Forderungen sehr bald finden!

Das Patriarchentum hat gründlich aufgehört! Indes, wenn ein Arbeitgeber, über den bedungenen Lohn hinaus, seinen Gehülfen in Fällen der Krankheit oder andern Ungemachs, noch Gutes und Liebes erweisen will, so wird sich ja in alle Zukunft noch reichlich Gelegenheit dazu finden.

Nur mögen die Arbeitgeber nie erwarten (selbst wenn die Regierung augenblicklich eine solche Erwartung unterstützen mag), daß die Arbeitnehmer, für Gewerksvereine, Unterstützung von Seiten der Arbeitgeber für Krankheits-, Invaliden- und Sterbefällen gen. annehmen werden. Es ist eben, wie schon erwähnt, der gerechteste Wunsch des Arbeiters, im Falle der Noth, so viel als möglich, durch seines Gleichen und durch eigene Ersparnisse unterstützt zu werden.

Wollen die Arbeitgeber durchaus zu jenen Klassen beitragen, so kann ja das eben so gut geschehen in Gestalt einer kleinen entsprechenden Lohnzulage. Aber die Verwaltung und Verwendung der betreffenden Fonds müßte, scheint mir, ausschließlich den Arbeitnehmern überlassen sein — natürlich unter angemessener Beaufsichtigung des Staates.

Indem ich heute meine „Briefe über Koalitionsfreiheit“ schließe, möchte ich vor allem noch einmal laut und offen meine Stimme erheben zu Gunsten einer Einrichtung, die ich bereits früher aufs nachdrücklichste empfohlen, als am ehesten, und vielleicht ausschließlich geeignet, gründliche Forderung, ja Hilfe in dem besprochenen und theilweise unvermeidlichen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit zu gewähren.

Ich spreche nämlich von etwas, wofür ich die Benennung „Einigungs-Kemter“ vorschlage. Wenigstens kenne ich bis jetzt keine bessere Benennung. „Verhörgsamter“ oder „Schiedsgerichte“ trifft die Sache weniger gut. Besonders das letzte Wort giebt an und für sich schon zu Mißverständnissen Veranlassung, wie ich nachher zeigen werde.

Einigungs-Kemter also! Das heißt freiwillige, möglichst regelmäßig wiederkehrende Besprechungen über Lohnfragen, Arbeitszeit u. s. w. Von Seiten der Arbeitgeber sowohl als der Arbeitnehmer eine gleiche Anzahl Delegirter dazu. Auf jeder einzelnen Seite

aber womöglich eine ungleiche Zahl, also z. B. 5 oder 7, damit im Nothfall eine Majorität zwar nicht entscheiden, aber wenigstens als vorhanden festgestellt werden könne. Vollkommene Freiwilligkeit darin, ob überhaupt ein solches Einigungsamt gebildet werden solle oder nicht, d. h. keinen gesetzlichen Zwang in diesem Falle. Endlich: keinen Obmann; ich sage keinen Obmann. —

In wie weit etwa die Gesetzgebung früher oder später befugt und veranlaßt sein könnte, solchen Beschlüssen von Einigungs-Kemtern, welche bona fide gefaßt und angenommen wurden, verpflichtende Kraft beizulegen, darüber, sowie über einige andere hierher gehörige Punkte, habe ich mich bemüht, am 15. Okt. bereits Sachgemähes zu entwickeln und mitzutheilen. Ich muß so frei sein, darauf zurückzuverweisen. Auch auf die Beispiele aus England, durch die ich zeigte, daß in Folge der günstigen Wirkung solcher Einigungs-Kemter, Jahre und Jahre lang Arbeitseinstellungen unterblieben in Distrikten, wo früher Strike auf Strike gefolgt war, wo früher das bitterste und feindseligste Gefühl zwischen Arbeitgeber und -nehmern bestand, während seit Einführung von Einigungs-Kemtern das Verhältnis so freundlich geworden ist, wie das überhaupt möglich zwischen zwei doch immerhin so entgegengesetzten Interessen.

Die vielsach von mir erwähnte englische Parliaments-Kommission hat sich durch eine wahrhaft staunenswerthe Menge von Fragen und Antworten, Statistika u. d. d. arbeitsarbeiten müssen. Sie macht für Details eine Menge der beachtungswürdigsten Vorschläge. Aber als praktischste, menschlich vorzüglichste Lösung der Koalitionsfrage betrachten alle Mitglieder jener Kommission eigentlich doch nur die Einrichtung solcher „Einigungs-Kemter“ (courts of arbitration or conciliation).

Das Wesentliche und Vortreffliche dabei ist (sagt der Hauptbericht) die Arbeitgeber und Arbeitnehmer von Angesicht zu Angesicht zusammenzubringen, damit sie ihre Streitigkeiten besprechen, bevor ihre Stimmung sich verbittert hat — was sonst nur zu häufig geschieht, indem nämlich, ohne gegenseitige Besprechung, jede Partei auf ihrer Ansicht von dem, was recht ist, hartnäckig besteht.

Die Arbeitgeber selbst sollten also, meiner Ansicht nach, sogar da, wo noch gar kein Strike droht, aufrichtig, ehrlich und energisch sich dahin bemühen, daß solche Einigungs-Kemter errichtet würden. Wenn aber, wie das in neuerer Zeit mehrfach geschehen, die Arbeitgeber nicht einmal in eine von den Arbeitern vorgeschlagene Beratung willigen, so erscheint mir das, in den meisten Fällen, als ein Fehler, der sich rächen wird. Eine Beratung und Besprechung annehmen, heißt noch lange nicht, auf die etwa von der andern Partei vorgeschlagenen Bedingungen eingehen! Und im Gegentheil, Jeder weiß ja aus dem Leben, daß sobald eine solche Besprechung von beiden Seiten ernst und aufrichtig genommen wird, in der Mehrzahl der Fälle wohl irgend eine Art der Einigung das Ergebnis ist.

Nachdem ich so nun mich bemüht habe, die Frage der „Koalitionsfreiheit“ nach allen Seiten hin zu beleuchten, soll ich es wagen noch schnell einen Blick in die Zukunft hineinzuwerfen? In die Zukunft, die

vielen unheilswanger, ja mörderisch erscheint, der aber ich, nach so sorgfamer Prüfung der Vergangenheit, als es mir möglich war, freudig entgegenstehe: Durch Nacht zum Licht!

In England ist die gewaltige Aufregung allmählig der ruhigen Ueberlegung gewichen. Man befreundet sich da aufrichtig und ernstlich mit der „Koalitionsfreiheit“ und den neuen gesellschaftlichen Formen, welche durch sie hervorgerufen worden.

Aber in Deutschland fängt der Sturm erst an zu tollen. Der Schaum kräuselt sich. Eine Welle scheint das Meer zu erdrücken. In dem schweren Gewölbe des Horizonts zuden bereits kalte Blitze. Der erfahrene Seemann weiß, daß bald breite, massige Wogen mit unwiderstehlicher Gewalt sich heranwälzen werden. Wird er tollthun (oder dummdreist?) mit vollen Segeln sich dem Orkan entgegenstellen? — oder wird er die Segel einreizen und mit kräftiger Hand und offenem Blick am Steuer, selbst dem Orkan Vortheil abzugewinnen trachten?

Es giebt keine wüthenderen Wirbelwinde, als die des ostindischen Ozeans. Und doch hat kalte Beobachtung und wissenschaftliche Berechnung gezeigt, daß sie Gesetzen unterworfen sind, welche, streng befolgt, zu ruhigerem Wasser führen.

Sollten nicht aufrichtige, ehrliche Beratungen, beiderseitige Beschlüsse, bevor es zu ernstlichen Streitigkeiten kommt, es auch und möglich machen, geleitet von der Erfahrung anderer Länder und besonders Englands, schneller aus dem Bereich des drohenden Sturmes zu gelangen?

Die Weltgeschichte kann nicht zurückgeschraubt werden. Alles strebt nach höherer Vollendung, oft freiwillig auf entsetzlichen, scheinbaren, Umwegen.

So erkenne man denn auch in dem Arbeitnehmer das Streben nach etwas Besserem, nach größerer Selbstständigkeit als berechtigt an!

Solche Gewerksvereine, die mit Ruhe, Ordnung und Sparsamkeit zu lebensfähigem Dasein, zu höherer Gestaltung sich emporzubilden streben — volle Zustimmung, freie Wirksamkeit, gesetzliche Berechtigung und staatlichen Schutz! Mit dem Gelde, das der Arbeiter in der Form des ordnungsmäßig erworbenen Lohnes verdient (sei derselbe nun hoch oder niedrig!) mag er thun, was ihm am Besten scheint. Verwendet er es in thörichter Weise, so wird er zeitig genug durch Schaden klug werden. Aber nur durch Selbstverwaltung kann er selbstständig denken und handeln lernen. Und übrigens, vermuthlich, versteht der Arbeiter sein eigenes, wahres Interesse durchaus nicht so wenig, als einige Arbeitgeber es voraussetzen scheinen.

Soweit ich mir ein Urtheil erlauben darf, bin ich überzeugt, daß wir in Deutschland durchaus nicht einen so langen Zeitraum voll bitterer Erfahrungen, als in England mit der Koalitionsfreiheit zu durchleben haben werden. Wir werden, hoffe ich, die Krisis schneller und leichter überstehen. Wir müssen endlich aber auch aus der Erfahrung Anderer zu lernen suchen! Wir müssen uns nicht scheuen, den Dingen gerade in das Gesicht zu sehen, eingedenk des hohen Wortes: „Die Wahrheit wird Euch frei machen!“

Arbeitsverhältnissen hervorgehen. Zum Zweck der Rechtskonsultation wurde allen Ortsvereinen empfohlen mit den übrigen Ortsvereinen ihres Orts resp. Bezirks durch einen Ortsverband gemeinschaftlich vorzugehen;

4. die innere Organisation des Gewerkevereins einheitlich durchzuführen;
5. wurde das Kranken- und Sterbefallensstatut für den Gewerkeverein durchberathen;
6. der Name des Gewerkevereins wurde dahin abgeändert, daß er ferner heißt: „Gewerkeverein der deutschen Zimmerleute und Verwagsgenossen“.

In diesen Verhandlungen nahm der Anwalt Herr Dr. Mar. Girsch, Herr Kanthaus und Herr Polke theil. Die ganzen Verhandlungen trugen den Charakter der echten Brüderlichkeit, und glauben wir nicht zu viel zu sagen, wenn wir behaupten, daß sie ein gutes Stück zur gegenseitigen Annäherung und zu einem gestärkten Verständnis beigetragen haben. Mit einem Fohd auf den Gewerkeverein wurde der Delegiertentag geschlossen.
Berlin, im April 1870.
Schmepdors. L. Kuzge.

Gewerkevereins-Beit.

Aus Berlin.

§ In der am 9. d. d. stattgehabten Versammlung der Ortsvereine der Buchbinder z. G. Herber z. (Gefundbrannen), Posamentiere z. w. d. Guter (Wachbinder) zum Centralratsmitglied erwählt.

§ Der bisherige Sekretär des D. V. der Drechsler Schubert hat sein Amt niedergelegt und ist in dessen Stelle Hr. Otto Pollebach gewählt worden. (Siehe Briefkasten.)

§ Eine am Sonnabend Abend von dem Ortsverein der Leistenvergoldner im Hoppoldtschen Saale veranstaltete Versammlung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern dieser Branche war sehr zahlreich besucht, namentlich von den Prinzipalen der größten Firmen hieselbst. Zweck derselben war die Erhöhung des Lohns für die auf Goldleisten beschäftigten Gehilfen. Die Goldleistenfabrikation, deren Schwerpunkt für ganz Deutschland man vorzugsweise in Berlin zu suchen hat, ist durch die Konkurrenz, welche so tief herabgedrückt, daß die auf Leisten beschäftigten Gehilfen in den letzten Jahren thätigst kaum noch im Stande sind, sich selbst, geschweige eine Familie selbständig zu erhalten. Dies wurde von den anwesenden Fabrikanten auch vollständig anerkannt und setzte man deshalb eine Kommission mit der Aufgabe nieder, einen für alle Verhältnisse günstigen Vorschlag auszuarbeiten. — Diese „brennende Materie“, wie einer der Anwesenden sich ausdrückte, wird demnach voraussichtlich in friedlicher Weise zum Austrag gebracht werden.

§ Der Ortsverein der Maurer hat in seiner am 3. d. stattgehabten Sitzung beschlossen von den extra gehuerten Geldern für Waldenburg 10 Thlr. den Stuhlarbeitern zu Fort zu überreichen. Wenn auch der Ortsverein die Stühle nicht billig, so glaubt derselbe doch da unterstügen zu müssen, wo es Noth thut.

Kuppel, Str.

§ In der am 23. April abgehaltenen Versammlung des Ortsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter wurden die Neuwahlen des Ausschusses vorgenommen. Der alte Ausschuss wurde mit großer Majorität (mit Ausnahme eines Besitzers) wiedergewählt. Es erhielten folgende Herren die Majorität: L. Vorkamp, C. Blum, H. Vorkamp, Spengler, Controlleur Casse, Kriessoren Madaliga und Schard, Besitzer Heber, Müller, Meier, Decker, Köhler, Köhler, Vorkamp, Kienischer und Neiger.

S. Dornel, Str.

§ Vom Ortsverein der Maler z. w. d. waren am Dienstag Abend sämtliche Malergesellen wie auch die Arbeitgeber zu einer Versammlung über die deutschen Gewerkevereine eingeladen, da gerade in diesem Berufsstände noch viel Unklarheit über die Organisation herrschte. Die Versammlung war sowohl von Arbeitern als Arbeitgebern zahlreich besucht. Hr. Waldow hatte das Refertat freundlichst übernommen und legte in längerer Zeit aufgemunter Rede die Ziele und die friedliche Stellung dieser modernen Vereine den Arbeitgebern gegenüber auseinander, wozu die bekannte Erklärung des Centralrats in Betreff der Arbeitseinstellungen und erläuterte die einzelnen Statutenbestimmungen. Der nächste Redner, Hr. H. Polke, sprach im Allgemeinen über die Arbeiterfrage und deren begründete Kritik. Hr. Bollmann hob besonders die den Arbeitgebern gebotenen materiellen Vortheile hervor und widerlegte das Gerücht, als ob der Ortsverein einen Schritt zu provozieren beabsichtige. An der Diskussion beteiligten sich noch die Herren Jacobi, Meyer (Arbeitgeber), welche im Sinne der Gewerkevereine sprachen. Eine von Hr. Bollmann eingebrachte Resolution: „Die heute im Kaisergarten veranstalteten Malergesellen und Arbeitgeber treffen an, daß die Gewerkevereine die Interessen beider Theile vermindert ihrer Verfassung wahren und durch sie die lokale Frage der Lösung näher geführt wird“, wurde einstimmig angenommen; die Arbeitgeber stimmten gleichfalls

basir. Schließlich fanden neue Einzeichnungen statt, und machte der Vorsitzende noch bekannt, daß der Verein am 15. Mai sein Stiftungsfest begehe, wozu auch die Arbeitgeber eingeladen werden.

§ In der am 25. April stattgehabten Versammlung des Ortsvereins der Schuhmacher erstattete, nachdem unser Vertreter im Ortsverbande mehrere Mittheilungen gemacht, das Festkomitee Bericht über die Einnahme und Ausgabe des Stiftungsfestes. Es ergab sich ein Ueberschuß für unsern Verein von 8 Thlr. 18 Sgr. 6 Pf., welcher Betrag der Ortsvereinskasse überwiesen wurde. Ferner machte der Delegierte Gallan einige Mittheilungen vom Delegiertentag, der genaue Bericht kommt jedoch erst in der nächsten Versammlung zur Tagesordnung. Schließlich erfolgte die Erläuterung des Verbands- und Invalidentatensatzes.
Kord-Ruwisch, Str.

§ In der Sitzung des Ortsvereins der vereinigten Steinmetzen und Steinhaue am 20. April wurde zunächst für die Wiltme eines verstorbenen Kollegen eine Kollekte beschloffen, und sodann dem Vertreter des D. V. beim Verbands die Bewilligung erteilt, für die Berechtigung jedes Vereines, einen Vertreter zum Verbands abzuwählen, zu stimmen. Nach kurzer Diskussion über die Berechtigung des Magistrats, bezüglich der Zahlung zu den Ortsvereinskassen wurde der Antrag des Hrn. Diebe, der Verein solle das Nöthige veranlassen, um eine Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse zu erzielen, einer eingehenden Behandlung unterzogen und schließlich einer Kommission die Aufstellung der begünstigten Punkte übertragen. Derselbe soll in Kurzem eine Versammlung sämtlicher Gewerkschaften Berlins einberufen, um darin erst endgültig zu entscheiden.
V. Kohn, Str.

§ In der Versammlung des Ersten Ortsvereins der Tischler z., welche am Sonnabend den 23. April stattfand, hielt Hr. Bndagist Zimmermann einen Vortrag über „Gesundheitslehre“, in welchem er treffende Worte über die Verhütung von Krankheiten, über allgemeine Gesundheits- und Lebensregeln und über das Verhalten der Patienten in ernstlichen Krankheitsfällen sprach. Außerdem wurde mehrere auf den Vortrag bezügliche Fragen beantwortet. Hierzu forderte der Sekretär zum regen Beitritt in die Invalidentafel auf, worauf der Kontrolleur den Monatsbericht für Monat März abtbatte.
Dito Richter, Str.

§ **Annem.** Wir haben bereits in Nr. 14 d. Bl. die kurze Notiz gebracht, daß die erit herricht abgehaltene Arbeiterversammlung, in welcher Hr. H. Polke über die Gewerkevereine sprach, willkürlich von einem Polizeibeamten aufgelöst worden ist. Am nun den vielen falschen über den Verlauf der Versammlung ausgefesserten Nachrichten zu begegnen, theilen wir in aller Kürze den Sachverhalt mit. Die Versammlung, berufen durch die Vorstände der Dortmund- und Barroper Ortsvereine und eröffnet von Hr. Müller (Dortmund), war von etwa 50 Beamten, wegen der zu späten und ungenügenden Anzeige weniger von Arbeitern besucht. Beamte und Arbeiter lagen getrennt, man merkte das heranziehende Gewitter. Schon auf die bloße Bitte seitens des Hrn. Müller, aus Annem selbst einen Vorstehenden zu wählen, entstand auf der rechten Seite des Lokals, wo sich die Beamten postirt hatten, ein Lärm, wie man diesen nur bei Schweigerianern zu hören pflegt, zugleich wurden von dieser Seite allein die Worte gerufen: „Wir brauchen keinen Vorstehenden! Nichts hören!“ Das Räthsel war gelöst! Man fürchtete die Auseinanderfessungen des Hrn. Polke. Die Arbeiter waren im ersten Augenblick verärgert, sie wußten nicht, wie ihnen geschah! Hr. Polke verließ ruhig die Rednertribüne. Da besprachen sich die Arbeiter unter einander, es schien ihnen ein Licht aufzugehen und plötzlich bestieg die Tribüne ein Arbeiter, der Namens seiner Kollegen das Ersuchen an Hr. Polke richtete, den Vortrag zu beginnen. Letzterer konnte sich erst dazu entschließen, nachdem dieses Ansuchen wiederholtlich an ihn gerichtet war. Die Beamten standen ratlos, sie hatten das Spiel verloren — als aber Hr. Polke eben im Begriff zu reden ist, tritt ein Polizeibeamter vor und erklärt die Versammlung ohne Weiteres für aufgelöst, weil eine schriftliche polizeiliche Anmeldung fehle. Hr. Polke protestirte unter der Erklärung, daß die Anmeldung bereits vor 3 Tagen gegeben und von dem Amtmann der Behörde ertheilt sei, die Versammlung abzuhalten. Doch es half nichts. Die inmitten in verflückter Anzahl erschienenen Arbeiter begleiteten insgesammt Hr. Polke zur Bahn schon für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung Sorge getragen werden sollte; sie entsendeten auch am nächsten Tage eine Deputation mit derselben Bitte. (Wahrscheinlich wird Hr. Polke einer Einladung der Dortmund-Ortsvereins zum Stiftungsfest folgen und bei dieser Gelegenheit dem Wunsch der Annem Arbeiter nachkommen.)
D. Red.)

§ In **Barth** scheinen die Meister sich noch immer nicht mit dem Ortsverein verständigen zu wollen. Von Ausschussmitgliedern sollten sie jetzt ab Meister Kräft den Beis. Gustav Bollnow, Meister Holzgerland den Beis. Jof. Holsen und Bundagsmeister Meister Witte sogar den Beis. F. Wendi, der erit gewählt werden sollte. Auch der Kassirer C. Pruchnow ist entlassen. Bei dieser schlechten Behandlung

verdienen die Zimmerleute daseibst nur 13 Sgr. pro Tag für eine Arbeitszeit von Morgens 5 bis Abends 7 Uhr. Der Verein, der in Kurzem um die letzten hier anwesenden 25 Zimmerleute, die noch nicht beigetreten sind, vergrößert werden dürfte, hält fest an seinen Prinzipien und ergänzte seinen Ausschuss folgendermaßen: M. Post Kass., F. Wendi Stello., F. Wendi, H. Roth Beis.

§ **Breslau.** Am 20. April fand hier eine Delegirten-Versammlung von sämtlichen hier bestehenden Ortsvereinen statt, um die Wahl des Vorstandes für den Ortsverband vorzunehmen. Vertreter waren durch je zwei Delegirte die Ortsvereine der Maschinenbau- und Metallarbeiter, der Schneider und der Tischler, durch je einen die Ortsvereine der Goldarbeiter und der Tischler. Das Wahlergebnis ist folgendes: D. Binner Vori., Weiß Stello. und Kass., Neumann Schriftführer.

§ **Danzig.** den 12. April. In der heute zahlreich besuchten Ortsversammlung der Maler und Genossen wurde an Stelle des ohne alle Veranlassung ausgeschiedenen Vorstehenden Hrn. Schipper Hr. Maler Wellisch, als Stellvertreter Vorst. Hr. Keddant, als Stellvert. Kass. Hr. Muchtomst gewählt. Vom 12. März an ist die Krankenkasse unseres Vereines in Wirklichkeit getreten, und kann schon jetzt konstatirt werden, daß die Theilnahme daran verhältnismäßig trotz der noch bestehenden alten Zwangskasse eine recht erfreulich lebhaft ist und wir in nächster Zeit mit der Begräbnis- und Invalidentafel vorzugehen können.
Kühne, Str.

§ **Seeligen.** In der Orts-Versammlung der Maschinenbau- und Metallarbeiter am 11. April wurde an Stelle unseres früheren Kassirer Hartmann unser Kassirer Anab und an dessen Stelle Theodor Ströblen zum Kassirer ernannt. Es erfolgte sodann die Besprechung eines Antrages des hiesigen Arbeiterbildungsvereines, welcher um Beihilfung unseres Ortsvereines an den Verhandlungen des A. V. B. ersucht, wodurch den Mitgliedern das Recht erwüchse, das Lokal, die Bibliothek und die Zeitschriften zu benutzen. Demnach hätte unser Ortsverein mit dem A. V. B. sein Lokal gemeinschaftlich. Der Vorsteher des A. V. B. (Hinterbühnen) referirte über diesen Antrag, er hob mehrere Mängel hervor, durch welche der A. V. B. so sehr geschwächt wurde, betonte besonders, wie der Verein von der hiesigen deutschen Partei bedrängt gepörrt wurde und wies auf ein gemeinschaftliches Wirken beider Vereine hin. Nach längerer Debatte wurde dieser Antrag von uns bereitwilligst angenommen, denn beide Vereine befolgen ja die gleichen Prinzipien und die A. V. B. sind doch nur unsere Vorkämpfer.
A. Abt, Str.

§ **Grünberg.** Auf Veranlassung einiger Fabrikanten sprachen hier in einer großen Versammlung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Hrn. Kobb und Engelmann aus dort über die dortige Arbeitseinstellung und mit Anschließung daran über die Gewerkevereine im Allgemeinen. Die trefflichen Ausführungen haben denn auch nicht wenig zu allseitiger Aufklärung beigetragen, so daß wohl zu erwarten steht, daß die hiesigen Fabrikanten in dem jetzt berüchtigt gewordenen Fabrikantenvereine die Interessen ihrer Arbeiter vertreten, nicht aber bekämpfen werden.

§ **Hilchenbach.** Trotz der zahlreichen Hindernisse, die gerade von den größten Fabrikanten der Grünung eines Ortsvereins der Herber entgegengesetzt wurden, ist es doch gelungen hier einen solchen zu konstituiren, dem allerdings vorläufig erst 20 Mitglieder angehören. Es steht jedoch außer allem Zweifel, daß die Zahl derselben mit der nächsten Versammlung bedeutend zunehmen wird. Der Siegerländer kommt langsam, ist er aber einmal da, dann hält er mit alter deutscher Treue fest an seinen Zielen.
Hertel, Str.

§ **Laurahütte.** Am 11. April ersuchten die bei dem hiesigen Balzwerk beschäftigten ca. 100 Arbeiter ihre Beamten um eine geringe Lohnerhöhung und um Auskunft über ihren Verdienst. Derselben wurden jedoch scharf zurückerwiesen, was die Folge hatte, daß sämtliche Arbeiter die Arbeit verließen. Diese Streitfrage, die die ernstesten Folgen hätte haben können, ist jedoch durch die Bemühungen des General-Directors der Selskinds Güter, Hrn. Berg-rath Wicinius aus Tarnowig glücklich über. Derselbe ist zur genauen Prüfung der gesamten Verhältnisse hieher gekommen und hat den Arbeitern die feste Versicherung gegeben, daß sie zufrieden gestellt werden sollten. Die Arbeit wurde daher am Mittwoch wieder aufgenommen. Uebrigens hat es anfänglich gar nicht in der Absicht der Arbeiter gelegen zu streiken; nur durch das allzu große Vorgehen der Beamten erfolgte dieser Gewaltschritt.

§ **Labes.** Auch wir Gewerkschaften führen das Bedürfnis einen Ortsverein zu gründen und haben uns dem Gewerkeverein der deutschen Tischler angeschlossen. Wir haben noch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, hoffen aber einen guten Fortgang, da wir vielen Beifall haben. Auch mit der Einrichtung der Kranken- und Begräbniskasse sind wir sofort vorgegangen. In den Ausschuss sind folgende Personen gewählt: F. Steege Vorst., Zimmermann; F. Ehlert Stello., Zimmermann; A. Moray Kass., Zimmerpolier; J. Wirth Kass., Tischler; A. Luther Contr., Zimmermann; C. Werner Zimmermann, F. Rieming Zimmermann, F. Pajel Maurer, Beis. A. Moray, Str.

Wochenchau.

(Gleichberechtigung der Neger in den Vereinigten Staaten. — Arbeitsausstellung in London. — Zimmerleute in Hamburg. — Maurer Berlins. — Lage in der Niederlausitz. — Arbeitseinstellungen. — Schweißergelinge.)

Wahr und mehr gelangt mit dem Fortschreiten der Civilisation und dem Verfall alter Privilegien und Vorrechte das allgemeine Menschenrecht, die Gleichberechtigung Aller im Staatenleben zur Geltung. Wer hätte noch vor zwanzig Jahren es für möglich gehalten, daß der Neger, der nur als Halb Mensch angesehen, der der Bildung nicht für zugänglich erachtet und aller geistigen Anlagen barm verschrien wurde, ebenbürtig und geachtet im Congreß der Vereinigten Staaten Nordamerikas seinen Sitz einnehmen und seine Stimme zur Geltung bringen dürfte? Es ist eine nicht zu unterschätzende Errungenschaft unseres Jahrhunderts, daß neben seinen früheren Peinigern und Herren der Schwarze heut gleichberechtigt dastehet. Die Vorkämpfer des Präsidenten Grant, die kürzlich im Congreß zur Verlesung kam, ist von höchster Bedeutung und wird die Mitglieder des Congresses mit stolzem Hochgefühl erfüllt haben. Vier Millionen Menschen wurden dadurch allen übrigen Bürgern in ihren Rechten gleich gestellt und für stimmfähig erklärt. Das große und unsterbliche Werk, welches der edle Abraham Lincoln mit seinem Blute besiegelt, das Werk der Sklavenbefreiung ist dadurch gekrönt worden, und mit Recht dürfte Präsident Grant in seiner schlichten, würdigen Weise dies Ereigniß als das größte bezeichnen, das seit Gründung des freien amerikanischen Gemeinwehens bis auf den heutigen Tag sich vollzogen. Die Vorkämpfer Grants, welche den Congreß bei dieser Gelegenheit auf die hohe Wichtigkeit eindringlich aufmerksam macht, welche die allgemeine Verbreitung der Bildung für die Republik habe und das ganze Volk ermahnt, dafür zu sorgen, daß Allen, welche die bürgerlichen Rechte besitzen und ausüben, die Gelegenheit zur Aneignung der Bildung geboten werde, welche ihre Theilnahme an der Regierung nicht zu einer Gefahr, sondern zu einem Segen macht, wird sicherlich von der freisinnigen Menschheit als ein willkommener Ostergruß betrachtet werden.

Wenn drüben im fernen America, jenseit des weiten Ozeans die fortschreitende Bildung ihre großen Thatfachen aufweist und weltgeschichtliche Ereignisse in ihrem Gefolge hat, dürfen wir doch auch mit Genugthuung auf die Bestrebungen blicken, welche in unseren Ländern, den Hauptstätten der Civilisation der ganzen Welt, geschehen, um die Errungenschaften der Arbeit mehr und mehr zu einem Gemeingute zu machen, an dem auch der niedrigste Arbeiter seinen Antheil haben soll. Das Unternehmen einer internationalen Arbeitsausstellung in London, vor mehreren Monaten bereits angeregt, nach seiner Ausführung: durch Darstellung der Gegenstände in ihren einzelnen Theilen, wie sie durch die Arbeitsteilung stufenweise zur Vollendung schreiten, soll eine Schule technischer Bildung für den Arbeiter sein. Die sonstigen gewöhnlichen Zwecke einer Ausstellung, auch die Namensnennung der Verfertiger der betr. Gegenstände sind hier nur nebensächlicher Natur, alles Hauptgewicht liegt in der Erreichung jenes Hauptzweckes. Wenn auch dieser erste Versuch von geringem Vortheil für den deutschen Arbeiter sein dürfte, so ist doch damit ein Anfang gemacht, der hoffentlich bald auch in unseren Gauen Nachahmung finden wird. Die regle Theilnahme dürfte wohl nur aus jenen Städten zu erwarten sein, welche in unmittelbarem Verkehr mit London stehen, den Seehäfen; doch haben auch die hiesigen Arbeiterbildungsvereine und speziell Pfortzheim die Ausstellung ins Auge gefaßt und obwohl sie anfänglich die Besichtigung in London ausgegeben hatten, weil sie sich den rechten Gewinn nur dann versprechen, wenn auch Arbeiter die Ausstellung besuchen, die Verhältnisse aber einen solchen Besuch der hohen Kosten wegen bedeutend erschweren, dürfte diese Angelegenheit jetzt in eine andere Phase treten. Mit größter Bereitwilligkeit und in höchst anerkannter Weise hat die Regierung Wabens, um auch die hiesigen Arbeiter aus dieser Ausstellung Nutzen ziehen zu lassen, sich bereit erklärt, die Reisekosten für Arbeiter der wichtigeren Berufsweige zu tragen.

Die neueste Arbeitseinstellung der Zimmergesellen in Hamburg ist ihrer Ursache wegen zu bemerkens-

worth und gleichzeitig für die Bestrebungen der Arbeiterführer zu bezeichnend, als daß sie mit Stillschweigen übergangen werden könnte. Die Zimmergesellen Hamburgs nämlich verlangten, daß kein auswärtiger Bauarbeiter ohne Beschäftigung werden solle, als bis alle hiesigen Zimmerer vorher mit Arbeit versehen sind. Glaubt man sich nicht mit einem Schlage in die volkwirtschaftlich unumgängliche Zeit mittelalterlichen Junktens hinein versetzt? Also nach dem Wechsellage jeder einzelnen Stadt soll das „Recht auf Arbeit“ bemessen werden. Und das mitten in unserer Zeit der Freizügigkeit und Gewerbefreiheit! Die moderne Industrie auf dem freiesten Verkehr nicht nur im Inlande, sondern auf der Erweiterung des internationalen Arbeitsmarktes angewiesen, soll wiederum, wie vor Jahrhunderten durch den Schlagbaum eines Stadtgebietes eingekerkert werden. Wahrlich, wäre die Thatfache nicht so erst, man wäre versucht über die Thorheit derer zu spotten, die dieses Mittel zur Besserung der Lage der arbeitenden Klassen erkennen. An sich ist dieser Strike in Hamburg bedeutungslos. Von Bedeutung ist nur, daß diese Bestrebungen überhaupt Boden gewinnen konnten inmitten unserer deutschen Arbeiter, deren Intelligenz man allwärts rühmt. Hoffentlich werden diese schußförmlichen Bestrebungen der allerhöchsten Art an dem gesunden Sinn derjenigen Arbeiter, die für die Freiheit des Einzelnen und für Gerechtigkeit gegen Andere Sinn und Verständnis sich erhalten haben, zu Schanden werden. Und wenn sie nicht um der Gerechtigkeit willen solche Zumuthungen zurückweisen, so müssen sie es im eigenen Interesse thun. Denn nicht geübt wird die Lage des Arbeiters durch ein derartiges Abperren, sondern verflümmert und herabgedrückt zu einer freiwilligen Hörigkeit, zu einem freiwilligen Gehannwerden an die Scholle, auf welcher er geboren ist.

Mit anderer Gesinnung stehen die Maurer Berlins da. Die Meister, die sich zu einem Fabrikantenverein „Baubude“ geeint haben, verlangen von ihnen, wenn sie in Arbeit treten wollen, die Unterschrift zu einem Arbeitscontract, durch welchen die vorjährigen Errungenschaften ganz zu nichte gemacht würden. Daher haben sie in einer von mehreren Tausend Arbeitern besuchten Versammlung einmüthig den Beschluß gefaßt, unter keinen Umständen diese Contracte zu unterschreiben, und sollte dies bereits geschehen sein, die Contracte zurückzugeben. Es wurde in den Verhandlungen besonders hervorgehoben, daß nur auswärtige Maurer die Unterschrift geleistet hätten, und dabei allseitig ausgesprochen, man solle jene, denen der Bezug gestattet sei, an sich ziehen und sie belehren, auf daß sie mit den Verhältnissen bekannt, einmüthig mit ihnen handelten!

In Fort N.-E. hat die Lage sich nicht wesentlich verändert. Wir verweisen auf die Bitte des Generalsekretärs des Gewerkevereins der deutschen Stuhlarbeiter, Kaufmann, um Unterstützung der Auswanderer, die wir Allen dringend ans Herz legen. Wenn auch noch Verhandlungen im Gange sind, um die Hartnäckigkeit der Fabrikanten zu überwinden, so ist ein sicherer Erfolg doch nur zu erwarten, wenn die Hilfe nicht erlahmt. Beachte Jeder nur das Wort: Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe!

Größere neue Arbeitseinstellungen haben in vergangener Woche nicht stattgefunden; aus Frankreich sind neue Nachrichten nicht eingetroffen, in München beharren die Schneider bei ihrem Strike. Im Lager der „unredlichen Social-Demokraten“, wie sie selbst sich jetzt nennen, oder vielmehr der blinden Anhänger Schweigers, scheint es trübe auszusehen. Der Dictator detestirt und erkennt, setzt ab und spricht sein „anathema esto“, gleich dem unfehlbaren Papste, aber abtrünnige Mitglieder aus, als ob es keine Arbeiter und Vereinsmitglieder gebe, welchen allein dies zukommt. Daß seine treuen Freunde, die durch Dick und Dünn mit ihm gehen, und die wohl tiefer in seine Karten geschaut haben, in die Stellungen als Vice-Präsidenten u. eingesetzt werden, finden wir natürlich; ein schlimmes Zeichen für jene ganze absolutistische Organisation ist es aber, daß diese Stellungen überhaupt erledigt sind und Männer wie Küster, der wohl der eifrigste und tüchtigste Parteigänger war, abhandeln, dem ganzen Verein den Rücken kehren und nach America auswandern

Zu der am 22. April stattgehabten Centralrats-Sitzung wurde folgende Erklärung mit großer Majorität gefaßt, auf deren Wichtigkeit wir alle unsere Vereinsgenossen dringend aufmerksam machen. Die Erklärung ist hauptsächlich erlassen worden, weil von Seiten reactionärer Zeitungen vielfache Angriffe auf die Gewerkevereine ergingen. Die Strikes werden in jenen Blättern als vom Centralrat sich ergeordnet, ja befohlen, hingestellt, obwohl jedes Gewerkevereinsmitglied recht gut weiß, daß eine derartige Declaratur bei unserer Organisation vollständig unmöglich ist. Die Erklärung lautet:

Erklärung.
Angesichts der bei vielen Arbeitgebern verbreiteten Auffassung, als ob die deutschen Gewerkevereine auf Grund der Berliner Muster-Statuten vorzugsweise zur Organisation oder gar Provozierung von Arbeitseinstellungen gebildet seien — eine Auffassung, welche in letzterer Zeit durch die statutenwidrigen Strikes einzelner Mitgliedschaften scheinbar bestätigt worden ist — sieht sich der Centralrat als Vertreter des Verbandes deutscher Gewerkevereine, zu folgender Erklärung veranlaßt:

Nach dem Wortlaut sämtlicher Statuten unserer Gewerkevereine (insbesondere §§ 45—47) ist kein Mitglied berechtigt, eigenmächtig die Arbeit einzustellen, es sei denn, daß ihn unverschuldete Ehr- oder Körperverletzung widerfährt. Nur in diesem Falle hat er Anrecht auf Hülfsleistung. Im Uebrigen sind alle Beschwerden und Differenzen dem Ortsausschuß, und falls die Sache mehr als zehn Vereinsmitglieder betrifft, dem Generalrat des betreffenden Gewerkevereins zu übergeben, und diese Vorstände sind verpflichtet, nach genauer Prüfung zunächst alle gütlichen Mittel, als Vorstellungen bei dem Arbeitgeber, Vermittelung durch angegebene unparteiische Personen, Vorschlag eines Schiedsgerichts u. s. w. anzuwenden. Erst wenn alles dies gescheitert und das Recht offenbar auf Seiten der Beschwerde führenden Arbeiter ist, erst dann kann, gemäß den Statuten, der Ausschuß, resp. Generalrat zu äußersten Mitteln, der Arbeitseinstellung, schreiten, in keinem Falle ist er dazu verpflichtet.

Aus diesen Bestimmungen ergibt sich aufs Klarste, daß die deutschen Gewerkevereine auf Grund der Muster-Statuten, weit entfernt Arbeitseinstellungen zu provozieren, dieselben vielmehr auf alle Weise zu erschweren und zu verhindern suchen. Es ist jede prinzipielle Feindseligkeit gegen das Kapital gänzlich ausgeschlossen — Gleichberechtigung, Vereinbarum, Schiedsgericht ist fest unter Wahrung — so heißt es in dem Aufsatze zur Gründung deutscher Gewerkevereine, und diesem Grundfasse sind die Gewerkevereine treu geblieben.

Berlin, 23. April 1870.

Der Centralrat der deutschen Gewerkevereine
A. Saebel, Vorsitzender. W. Burpel, Schriftführer.
Dr. Mar Hirsh, Verbands-Anwalt.

Außerdem wurde beschlossen, daß von jetzt an die Kosten der Statuten für die Invalidentafel und die der Verbandskasse aus den Fonds der einzelnen Klassen bestritten werden sollen. Mit einigen im Invalidentafelstatut notwendig zu treffenden Änderungen wurde Hr. Dr. Mar Hirsh beauftragt, derselbe soll sie in Verbindung mit einigen Sachverständigen entwerfen und dann dem Centralrat vorlegen.

Bericht über die am 17., 18. und 19. April in Berlin stattgehabte Generalversammlung des Gewerkevereins der deutschen Zimmerleute.

Zu dieser Generalversammlung hatten folgende Ortsvereine Delegationen geschickt. Culin Hr. Mohr, Danzig und Oliva Hr. Schreiber, Wilhelmshafen und Oldenburg Hr. Graum, Spremberg Hr. Raack, Magdeburg Hr. Hinfie, Greifswald Hr. Liebeskind, Charlottenburg Hr. Neidendorff, Berlin Hr. Kippe. Die Ortsvereine von Burg, Bartenstein und Gericke hatten leider die Versammlung nicht befehligt. Nachdem eine herzliche Begrüßung stattgefunden und das Bureau constituirt war, wurden die Vollmachten geprüft und die Tagesordnung für die Generalversammlung festgesetzt. Am Abend, den wir gemeinschaftlich zubrachten, suchten einige Vorstandsmitglieder des social-demokratischen Zimmervereins (Kapell, Engelle u.) Propaganda für ihre rabulistischen Ideen zu machen. Sie süßten sich veranlaßt in unserer nächsten Nähe Platz zu nehmen und begannen bald mit ihren Versuchen, sie hatten jedoch dabei das Unglück sich an den Delegirten von Wilhelmshafen zu wenden, welcher ihnen in kurzen bündigen Worten gründlich beleuchtete.

Selbstverständlich können wir an dieser Stelle nicht das ganze Protokoll zum Abdruck geben, sondern geben nur die Hauptpunkte herover. Es wurde beschlossen:

1. die Generalratsbesesse mit 1 Sgr. vierteljährlich pro Kopf zu dotiren;
2. eine Arbeitsstatistik nach dem vom Anwalt gefertigten Schemas unverzüglich einzuführen;
3. der Rechtschutz wurde auf diejenigen Rechtsfälle der Arbeitnehmer beschränkt, welche direct aus